



Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Mobilität u.
Digitalisierung

Termin Dienstag, 23.11.2021, 17:00 bis 21:00 Uhr

Ort Rathaus
Großer Sitzungssaal

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1	Regularien
1.1	Eröffnung der Sitzung
1.2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
1.3	Feststellung der Beschlussfähigkeit
1.4	Feststellung der Tagesordnung
1.5	Genehmigung der Niederschrift
2	Befangenheitsprüfung
3	Einwohnerfragestunde
4	Freiflächenmanagement der Stadt Wülfrath Vorlage: III-044-2021
5	CO2 – Herausforderung für das Lhoist Werk Flandersbach jetzt und in Zukunft Vorlage: III-040-2021
6	Erstellung eines integrierten Vorreiterkonzepts im Bereich Klimaschutz Vorlage: III-042-2021
7	Erstellung eines Fokuskonzeptes für die städtische Wärme- und Kältenutzung und Einrichtung eines vorhabenbezogenen Umsetzungsmanagements Vorlage: III-041-2021
8	Einführung eines Energiemanagementsystems Vorlage: III-006-2021
9	Informationen über Klimaschutzmaßnahmen von Verwaltung, Stadtwerken Wülfrath und der GWG Vorlage: III-038-2021
10	Beitritt Genossenschaftsbeteiligungsgesellschaft Regio IT Vorlage: 10/11-018-2021
11	Neuigkeiten zur Arbeit der Digitalisierungsbeauftragten Vorlage: 10/11-020-2021
12	Mitteilungen und Anfragen



Protokoll

Öffentlicher Teil

TOP 1 Regularien

TOP 1.1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende Frau Dr. Guenther eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Vertreter*Innen der Presse, die Öffentlichkeit, die Ausschussmitglieder und Verwaltung, sowie als Referenten den Freiflächenplaner Herrn Emkes und den Betriebsleiter der Fa. Lhoist Wülfrath Herrn Ripoll.

Sie verpflichtet anschließend Herrn Thomas Zimmermann feierlich als sachkundigen Bürger zur Mitarbeit im Ausschuss.

TOP 1.2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

TOP 1.3 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses wird festgestellt.

TOP 1.4 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird unverändert festgestellt.

TOP 1.5 Genehmigung der Niederschrift

Herr Ulbrich erklärt zur Niederschrift des Ausschusses vom 7. September 2021: Er ziehe seine Aussagen zur Beteiligung des BUND zurück und übernehme und bestätige die Position des sachkundigen Einwohners Herrn Ball-Sadlo. Er bitte die ausgelösten Irritationen zu entschuldigen, insbesondere bei Herrn Lederer, den er in den Jahrzehnten als engagierten Bürger kennen und schätzen gelernt habe.

Der Schriftführer Herr Lange weist auf einen Fehler in der Niederschrift vom 7. September 2021 hin. Auf der Anwesenheitsliste werde Herr Sträßler (Ratsmitglied CDU) als anwesend geführt, er sei am 7. September aber nicht in der Sitzung gewesen.

Frau Wulf (CDU) würde sich freuen, wenn die Niederschrift zur Sitzung künftig zeitnah erfolgen würde.



Herr Mrstik (B90/Grüne) bittet um den Bericht „Neues aus dem Klimamanagement“ vom 7. September und auch für künftige Berichte aus dem Klimamanagement jeweils zur Niederschrift *[Der Bericht ist zur Niederschrift vom 23. November digital eingestellt]*. Die Ausschussvorsitzende bittet die Verwaltung ergänzend, grundsätzlich alle Präsentationen der Niederschrift der jeweiligen Fachausschusssitzung beizufügen.

Herr Wrase (WG) wurde auf der Anwesenheitsliste in der Rubrik Ratsmitglied geführt. Er sei jedoch sachkundiger Bürger *[Anm. der Verwaltung: Der Stammdatensatz wurde im System entsprechend korrigiert!]*.

TOP 2 Befangenheitsprüfung

Es erklärt sich kein Ausschussmitglied für befangen.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Der Bürger Rolf Bürgel fragt, warum sein Antrag „Klimaresilienz – Wülfrath Süd“, adressiert an Verwaltung und Ausschussvorsitzende, bisher nicht beantwortet sei. Die Vorsitzende fragt die Vertreter*Innen der Stadtverwaltung nach der Beantwortung des Einwohnerantrags von Herrn Bürgel; diese stellt jedoch fest, die Einwohnerfrage von Herrn Bürgel (E-Mail) nicht erhalten zu haben. Daraufhin bittet die Ausschussvorsitzende Herrn Bürgel darum, den Einwohnerantrag erneut an die Stadtverwaltung zu senden.

[Anm. der Verwaltung im Nachgang der Sitzung: Der Beitrag ist bei der Verwaltung eingegangen. Er wird als Anregung nach § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen i.V.m. der Hauptsatzung und Zuständigkeitsordnung der Stadt Wülfrath in der ersten Sitzung des AUMD im kommenden Jahr behandelt werden. Der AUMD wird die Anregung inhaltlich prüfen, beraten und eine Entscheidung vorbereiten. Anschließend wird die Anregung an den Rat überwiesen, wobei der Fachausschuss Empfehlungen aussprechen kann.]

TOP 4 Freiflächenmanagement der Stadt Wülfrath Vorlage: III-044-2021

Der Diplomökologe und Landschaftsarchitekt Herr Emkes stellt in einer Präsentation „Handlungsempfehlungen zur Optimierung der Freiflächenbewirtschaftung in Wülfrath“ vor. *[Anm. der Verwaltung: Die Präsentation ist wegen des Umfangs als digitale Version im Ratsinfosystem eingestellt]*.

Es schließt sich eine inhaltliche Diskussion an.

Herr Schneider (CDU) sagt, er wünsche sich Beschlüsse über zusätzliche Kosten, notwendige neue Stellen und Datenpflege im Freiflächenmanagement. Herr Emkes erläutert, es werde ein Innendienst für die Katasterführung und Fachkenntnisse für den Aufbau des Freiflächenmanagements gebraucht. Die Freiflächenpflege brauche eine Heimat in der Verwaltung.

Frau Küchler (Linke) fragt, wie beim Baubetriebshof für diese Aufgaben nachgesteuert werden könne. Herr Emkes erläutert, dass es eine Erweiterung der Kompetenz für zusätzliche Aufgaben im Hinblick auf neue Funktionalitäten und Klimafolgenbewältigung brauche. Gärtnerische



Kompetenz an sich sei vorhanden.

Herr Herbes (WG) erläutert aus seiner Sicht die Chronologie des Verwaltungshandelns der letzten Jahre. Im Ergebnis habe die Politik Pflegestufen für die Anlagen beschließen sollen, eine direkte Vergabe von Pflegeleistungen sei nicht geplant gewesen. Es hätten sechs Flächen, davon drei mit hohem Pflegestandard („Premiumflächen“), mit Kosten hinterlegt und durch die Politik der Pflegestandard festgelegt werden sollen. Jetzt seien 27 Flächen schon mit Pflegestandards versehen worden. Herr Emkes erläutert, dass bei den Ausschussberatungen bereits ein sechsstelliger Betrag genannt und dass an konkreten Beispielflächen eine Einstufung vorgenommen worden sei. Der technische Dezernent Dr. Holl ergänzt, dass die Freiflächenpflege an 27 Gebäuden der Liegenschaften ausgeschrieben worden sei und als Nebeneffekt die Einstufung in Pflegestufen erfolgt sei. Die 27 Flächen seien auch bisher schon gepflegt worden. Hinsichtlich der Pflegestandards könne jetzt an diesen Flächen gelernt werden. Die „Premiumflächen“ der Parkanlagen „In den Banden“ und am „Angergarten“, hätten aufgrund der Intervention des Personalrats nicht extern ausgeschrieben werden können.

Herr Sträßer (CDU) sagt, er könne das inhaltliche Ergebnis akzeptieren. Er möchte den Blick auf Flächen richten, die durch Pacht oder Verkauf abgegeben werden können. Er stelle sich die Frage, ob eine interkommunale Zusammenarbeit bei der Freiflächenpflege möglich sei. Herr Emkes erläutert, dass es zwar Kooperation bei der Nutzung spezieller Maschinen oder Fähigkeiten geben könne, die Fachlichkeit solle jedoch im Hause bleiben. Das Controlling sei nicht von der Flächengröße, sondern vom Inhalt, wie Art der Bepflanzung und Pflegestandard abhängig.

Herr Mrstik (B90/Grüne) sagt, er sehe Grenzen bei der Personaldecke und frage sich, was ökologisch sinnvoll sei. Es gebe hierzu einen Antrag der Grünen zur Extensivierung *[Anm. der Verwaltung nach Protokoll: Dieser Antrag zur Prüfung geeigneter Extensivierungsflächen kann erst nach Kenntnis über alle Katasterflächen verwaltungsseitig bearbeitet werden]*. Herr Emkes erläutert, dass viele Flächen nicht für eine Extensivierung geeignet seien. Zunächst sollten alle Flächen einmal beurteilt werden.

Der sachkundige Einwohner Herr Ball-Sadlo (BUND) sagt, er sehe eine schlüssige Darstellung der Inhalte der Teilflächen und halte eine Übertragung der Ergebnisse auf alle Flächen für sinnvoll.

Herr Dr. Holl erläutert, dass es der Verwaltung an Kompetenz und Personal für die Freiflächenpflege fehle.

Frau Küchler (Linke) fragt, welche Haushaltsmittel bisher für das Thema Freiflächenpflege eingestellt worden seien. Sie bitte um Antwort zu Protokoll *[Anmerkung der Verwaltung: Eine Aufstellung der Unterhaltungskosten für städtische Freiflächen 2018-2020 durch Externe ist diesem Protokoll als Anlage beigelegt]*.

Herr Schneider (CDU) fordert, dass das Kataster künftig auf einem guten Stand bleiben solle. Er fragt, was strategisch und für den Haushalt aus dem von Herrn Emkes vorgetragenen Wissen folge. Herr Dr. Holl antwortet, dass aus seiner Sicht eine Organisationsuntersuchung für den Baubetriebshof nötig sei, um eine Grundlage für die Personalbemessung zu haben.

Herr Peetz (WG) bemängelt, dass es vor der Vergabe der Pflegeleistungen von ca. 110.000 € pro Jahr keine Beteiligung der Politik gegeben habe. Herr Holl erläutert, dass der Auftrag über 110.000 € die Pflegeleistungen in den „Gärten der städtischen Liegenschaften“ umfasse *[Anmerkung der Verwaltung nach Protokoll: Es handelt sich um Leistungen, die als laufendes Geschäft der Verwaltung gesehen werden, die auch in den letzten Jahren unregelmäßig erfolgt]*



sind (siehe auch Antwort auf die Frage von Frau Kückler) und mit den Haushaltsplänen regelmäßig beschlossen wurden. Die jetzige Jahressumme von ca. 110.000 € für 2021 ff. ist das Ergebnis einer öffentlichen Ausschreibung].

Herr Benner (Leitung des Hauptamtes) erläutert, dass Fördermittel beantragt seien, um die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Stadt Mettmann zu untersuchen. Die interne Aufgabenerledigung sei durch das schwach besetzte Tiefbauamt beeinträchtigt.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zum Freiflächenmanagement zur Kenntnis.

TOP 5 CO₂ – Herausforderung für das Lhoist Werk Flandersbach jetzt und in Zukunft Vorlage: III-040-2021

Herr Ripoll, der Leiter des Werkes Lhoist Flandersbach, stellt in einer Präsentation die Aktivitäten des Konzerns zur Reduktion der CO₂-Emissionen dar. Wesentlich seien dabei der Ersatz der bisherigen fossilen Brennstoffe, vor allem Braunkohle, durch Ersatzbrennstoffe sowie Rückgewinnung und Nutzung des im Prozess des Kaldbrennens entstehenden CO₂. *[Die Präsentation ist zur Niederschrift als digitale Version im Ratsinfosystem hinterlegt].*

Herr Ripoll beantwortet weitere Fragen der Ausschussmitglieder.

Die Ausschussvorsitzende fragt aufgrund einer Bürgermeldung aus dem Publikum, ob die Ausschussmitglieder mit einer Sitzungsunterbrechung einverstanden seien, um dem anwesenden Bürger eine Frage zum Lhoist-Vortrag zu ermöglichen. Damit sind die anwesenden Ausschussmitglieder einverstanden. Sodann wird die Sitzung unterbrochen. Nach dem Beitrag wird die Sitzung fortgeführt.

Herr Sträßer (CDU) stellt fest, dass Lhoist Wülfrath dringend Unterstützung einschließlich staatlicher Förderung benötige, um bei steigender CO₂-Besteuerung weiterhin eine Zukunft am Standort Wülfrath zu haben. Er stellt Bemühungen der Landesregierung NRW hierzu in Aussicht.

Klimaschutzmanager Gerd Schlüter fragt Herrn Ripoll, ob auf dem Flandersbacher Werksgelände Strom aus erneuerbaren Energien produziert werde. Diese Frage wird von Herrn Ripoll verneint. Es würden aber gerade potenzielle Anwendungen auf Eigentumsflächen betrachtet und konkrete Konzepte erarbeitet, die zeitnah zur Umsetzungsentscheidung anstünden.

Der Ausschuss nimmt den Vortrag und die Ausführungen im Rahmen des Tagesordnungspunktes zur Kenntnis.

TOP 6 Erstellung eines integrierten Vorreiterkonzepts im Bereich Klimaschutz Vorlage: III-042-2021

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes verlässt Ratsmitglied Sträßer (CDU) die Sitzung.

Der Klimaschutzmanager Herr Schlüter beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Hoffmann (SPD) fragt, nach welcher Methodik die Projekte ausgewählt worden seien und warum klimaneutrale Mobilität nicht hier auftauche. Herr Schlüter erläutert, dass der Schwerpunkt auf konzeptionellen vor investiven Projekten gelegt worden sei. Weiterhin werde das



Thema Mobilität als Bestandteil des Vorreiterkonzepts mitbetrachtet. Die Beantragung eines „Fokuskonzeptes Mobilität“ im Sinne der Kommunalrichtlinie mit der Gültigkeit ab dem 1.1.2022 werde geprüft.

Frau Kuchler (Linke) freut sich über die Vorschläge der Verwaltung, frage sich jedoch, was passiere, wenn keine Fördermittel bereitgestellt würden. Bei der städt. Flotte wäre statt E-Mobilität doch die Brennstoffzelle geeigneter. Hierauf solle die Verwaltung ein kritisches Auge werfen. Herr Schlüter entgegnet, dass nicht nur die Energieverbräuche der kommunalen Einrichtungen, sondern vor allem der Energieverbrauch der gesamten Stadt fokussiert werden solle.

Herr Schneider (CDU) moniert, dass keine Kosten dargestellt seien. Herr Schlüter informiert, dass in der Vorlage 5.000 € für Öffentlichkeitsarbeit und 10.000 € für die Akteursbeteiligung erwähnt seien. Herr Fritz (Beigeordneter und Kämmerer) ergänzt, dass bei der 100%-igen Förderung diese Durchlaufposten nicht dargestellt werden müssen.

Herr Mrstik (B90/Grüne) fragt danach, wie die Maßnahmenliste der Arbeitsgruppe Klimaschutzkonzept im integrierten Vorreiterkonzept untergebracht sei. Herr Schlüter erläutert, er habe diese kritisch geprüft und erkannt, dass einige Ansätze wie z.B. eine 10%-ige Sanierungsquote unrealistisch hoch seien. Herr Mrstik bittet daraufhin um eine Liste, aus der hervorgehe, wie die Maßnahmenliste abgearbeitet werden solle.

Der sachkundige Einwohner Herr Ball-Sadlo (BUND) regt an, im Arbeitskreis Klimaschutz auch andere Verbände zur Thematik Klimaschutz zu beteiligen.

Herr Peetz (SPD) signalisiert Zustimmung zu allen drei Klimaschutzvorlagen TOP 6-8, sofern eine 100%-ige Förderquote sichergestellt sei. Dem schließt sich Herr Riedel (CDU) an.

Die Vorsitzende Frau Dr. Guenther (B90/Grüne) ergänzt den Beschlussvorschlag um den Vorbehalt, dass eine 100%-ige Förderung der Maßnahmen erfolgen müsse.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, die Erstellung eines Vorreiterkonzepts im Sinne der Kommunalrichtlinie mit der Gültigkeit ab dem 1.1.2022 zu veranlassen, sofern eine 100%-ige Förderung erfolgt.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	16	
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP
Zustimmung	16	5	3	3	3	1	1
Ablehnung							
Enthaltung							

TOP 7 Erstellung eines Fokuskonzeptes für die städtische Wärme- und Kältenutzung und Einrichtung eines vorhabenbezogenen Umsetzungsmanagements
Vorlage: III-041-2021

Herr Schneider (CDU) fragt, welche Jahresvergütung die auszuschreibende EG11-Stelle bedeute und wie nach 2-jähriger 100%-iger Förderung die Stelle weiter finanziert werde. Werde es



perspektivisch weitere finanzielle Auswirkungen geben?

Herr Benner (Leitung Personalamt) erläutert, dass die Stelle ca. 75.000€ p.a. koste. Der Beigeordnete Herr Fritz sichert zu, dass jetzt nur über die zu 100% geförderte Stelle entschieden werde. Sollte der Stellenplan darüber hinaus betroffen sein, werde es weitere Beschlussvorlagen geben.

Beschluss

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Fokuskonzept „Wärme- und Kältenutzung“ im Sinne der Kommunalrichtlinie zu realisieren.
2. Um die Voraussetzungen für die Umsetzung dieses Konzepts zu schaffen, wird die Verwaltung beauftragt, die Stelle eines Umsetzungsmanagements zu schaffen und im zeitlichen Zusammenhang mit der Fertigstellung des Konzeptes einzustellen.
3. Die Beschlüsse zu den Aufträgen 1. und 2. stehen unter dem Vorbehalt, dass eine 100%-ige Förderung erfolgt.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	16	
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP
Zustimmung	16	5	3	3	3	1	1
Ablehnung							
Enthaltung							

TOP 8 Einführung eines Energiemanagementsystems
Vorlage: III-006-2021

Herr Riedel (CDU) lässt sich von Herrn Schlüter bestätigen, dass zu den 20.000 € geförderten Kosten der Energiemanagementsoftware weitere 10.000 € als Eigenanteil der Stadt anfallen können.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Energiemanagementsystem (EMS) für die städtischen Liegenschaften mithilfe des Managementinstruments KOM-EMS einzuführen. Dies beinhaltet in den ersten Schritten u. a. die Erstellung einer Dienstanweisung Energie und die Ausschreibung einer auf drei Jahre befristeten Vollzeitstelle einer Energiemanagerin / eines Energiemanagers. Dieser Auftrag steht unter dem Vorbehalt, dass eine 100%-ige Förderung erfolgt.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	16	
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP
Zustimmung	16	5	3	3	3	1	1
Ablehnung							
Enthaltung							



TOP 9 Informationen über Klimaschutzmaßnahmen von Verwaltung, Stadtwerken Wülfrath und der GWG
Vorlage: III-038-2021

Frau Wulf (CDU) merkt an, dass die Darstellung der GWG-Maßnahmen sehr übersichtlich geraten sei. Sie bitte demnächst um weiterführende Darstellungen.

Herr Schneider (CDU) bittet darum, auch weiterführende Planungen darzustellen.

Herr Herbes (WG) mahnt, nicht zu vergessen, dass die Personaldecke bei der GWG auch im Hinblick auf das Projekt Halfmann-/Havemannstraße recht dünn sei.

Frau Kückler (Linke) liest aus der Tabelle, dass im Jahr 2019 nichts passiert sei. Die Stadt solle im Aufsichtsrat einmal nachfassen, ob dies zutreffe.

Die Vorsitzende Frau Dr. Guenther (B90/Grüne) regt an, dass der Bericht der GWG künftig mit mehr Inhalt gefüllt werden solle.

Die Informationen über Klimaschutzmaßnahmen werden zur Kenntnis genommen.

TOP 10 Beitritt Genossenschaftsbeteiligungsgesellschaft Regio IT
Vorlage: 10/11-018-2021

Die Digitalisierungsbeauftragte Frau Görtz erläutert, dass die interfraktionelle Runde bereits alle Informationen zum Beitritt bekommen habe.

Herr Riedel (CDU) fragt nach den finanziellen Konsequenzen bei einem Austritt aus der Genossenschaft. Frau Görtz informiert, dass die 1.500 € Eintrittsgeld dann verloren seien. Die Genossenschaftsanteile von 15.000 € würden jedoch erstattet.

Frau Wulf (CDU) fragt nach der Rendite des Genossenschaftsanteils. Der Beigeordnete und Kämmerer Herr Fritz erläutert, das Ziel der Gesellschaft sei nicht die Gewinnmaximierung, so dass vermutlich keine Dividende anfallen werde.

Beschluss

Die Stadt wird beauftragt der regio iT Beteiligungsgenossenschaft eG beizutreten und die in der Satzung der Genossenschaft festgelegten Geschäftsanteile zu übernehmen. Für die Stadt Wülfrath resultiert eine Einzahlung in die Genossenschaft von 15.000 €. Darüber hinaus wird die Stadt Wülfrath das Eintrittsgeld von 1.500 € entrichten. Ebenfalls wird die Stadt Wülfrath beauftragt einen Plan für die Zusammenarbeit zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	16	
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP
Zustimmung	16	5	3	3	3	1	1
Ablehnung							
Enthaltung							



TOP 11 Neuigkeiten zur Arbeit der Digitalisierungsbeauftragten
Vorlage: 10/11-020-2021

In einer kurzen Präsentation [*digital im Ratsinfosystem eingestellt*] berichtet die Digitalisierungsbeauftragte Frau Görtz über Fortschritte und Planungen bei der Digitalisierung der Verwaltung.

Anschließend beantwortet sie Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Peetz (WG) fragt, ob die angesetzten 523.000 € schon im Haushaltsplanentwurf für 2022 enthalten seien. Herr Benner (Leiter Hauptamt) erklärt, dass die Gelder im aktuellen Haushaltsentwurf berücksichtigt seien. Es seien in den vorangegangenen Jahren schon immer substanzielle Gelder in dem Produkt veranschlagt gewesen, insoweit sei die o.g. Summe nicht vollständig als Steigerung zu sehen.

Herr Riedel und Herr Schneider (CDU) fragen nach den Prioritäten der Digitalisierung im Hinblick auf das Online-Zugangsgesetz. Danach sollen bis Ende 2022 ein Großteil der Services der Verwaltung auch online verfügbar sein. Frau Görtz erläutert, dass aufgrund von Landes-/Bundes- und EU-Gesetzen eine rein digitale Antragsstellung nicht in allen Services möglich sei, aufgrund der juristisch vorgesehenen Schriftherfordernisse. Grundsätzlich fokussiere sich die Verwaltung darauf, mit Hilfe der Digitalisierung, den Zugang zu Dienstleistungen bzw. zur Beantragung von Leistungen für die Nutzer*innen so komfortabel wie möglich zu gestalten. Bevor dies geschehen könne, seien aber zuerst auch weitere verwaltungsinterne Digitalisierungsfortschritte nötig.

Der Ausschuss nimmt die Neuigkeiten zur Digitalisierung zur Kenntnis.

TOP 12 Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen:

Herr Benner (Leiter Hauptamt) kündigt an, dass die für heute geplante Präsentation der KAAW demnächst im AUMD nachgeholt werde.

Der technische Dezernent Dr. Holl teilt den Sachstand zum Thema ÖPNV mit:

1) Barrierefreier Umbau von Bushaltestellen in Wülfrath

Im September 2021 sei das Ingenieurbüro Wegewitz aus Mühlheim an der Ruhr mit der Planung des barrierefreien Umbaus von ca. 74 Bushaltestellen im Stadtgebiet beauftragt worden. Wegen der personellen Situation bei der Stadt habe der VRR einer Verlängerung der Vorlagefrist des Förderantrags bis zum 15.04.2022 zugestimmt. Die Verwaltung werde die Planungen im ersten Quartal 2022 im Fachausschuss vorstellen und im Rat (März 2022) den Beschluss herbeiführen, um fristgerecht den Förderantrag stellen zu können.

Der VRR habe darüber informiert, dass ein „Drei-Jahres-Programm Bushaltestellen“ aufgelegt worden sei, um den barrierefreien Ausbau von Bushaltestellen zu beschleunigen. Auf Antrag werde für alle eingeplanten und noch nicht bewilligten Vorhaben zum barrierefreien Ausbau von Bushaltestellen die Förderung auf 100% der zuwendungsfähigen Kosten aufgestockt. Dies gelte auch für zukünftige Vorhaben zum barrierefreien Ausbau von Bushaltestellen aus den VRR-Förderkatalogen 2022, 2023 und 2024. Statt der bisher eingeplanten 90%-igen könne jetzt für



den Wülfrather Ausbau mit einer 100%-igen Förderung der zuwendungsfähigen Ausgaben gerechnet werden (bisher eingeplante zuwendungsfähige Ausgaben: 2.058.100 €).

2) Fördermaßnahmen aus dem Sonderprogramm ÖPNV zur Bekämpfung der Corona-Krise

2a) Austausch von zwei Wartehallen aus Stahlblech gegen moderne Glashallen:

In 2020 wurde der Austausch von zwei veralteten Wartehallen vor der Bergischen Diakonie Aprath, Oberdüsseler Weg und in Rohdenhaus zur Förderung beantragt. Die Bushaltestelle vor der BDA fällt jedoch in die Baulast des Kreises Mettmann, und die defekte Wartehalle in Rohdenhaus konnte zwischenzeitlich mit geringfügigen Mitteln repariert werden. Um die für diese beiden Wartehallen bereits bewilligten Fördermittel zu sichern (19.600€), möchte die Verwaltung, im Einvernehmen mit dem heutigen Fachausschuss, zwei veraltete Blechhallen im Ortsteil Düssel (Tillmannsdorfer Straße in beide Fahrrichtungen) gegen moderne Wartehallen aus Glas austauschen.

Der Fördermittelgeber (VRR) hat gegen die beabsichtigte Standortänderung keine Bedenken geäußert und benötigt für die Änderung auch keinen politischen Beschluss.

Wenn der Ausschuss ebenso keine Bedenken äußert, würde die Verwaltung im 1. Halbjahr 2022 die beiden Wartehallen aus Glas in Düssel errichten.

Ob ein weiteres Wartehäuschen im Ortsteil Schlupkothen/Koxhof im Rahmen des barrierefreien Ausbaus (aus dem Sonderprogramm ist eine Förderung nicht möglich) mit eingeplant werden kann, prüft die Verwaltung derzeit.

2b) Ascherboxen und Fahrgastmonitore:

Die vom Land geförderten Ascherboxen an 17 Bushaltestellen wurden bereits angebracht. Die geförderten Fahrgastmonitore werden im Jan./Febr. 2022 an acht Bushaltestellen errichtet (Beschluss AUO v. 25.08.2020).

Herr Dr. Holl fragt ausdrücklich, ob es im Ausschuss Widerspruch gegen die o.g. ÖPNV Planungen gebe. Dies wird allgemein verneint.

Anfragen:

Herr Ball-Sadlo fragt, wo zwei Anträge zur Klimaresilienz in der Verwaltung bearbeitet würden. Diese hätten heute erörtert werden sollen. Da die Verwaltung dazu spontan nicht antworten kann bittet die Vorsitzende diese nochmals zu schicken.

Herr Schneider (CDU) erinnert an den ausstehenden Bericht zum Antrag auf die Einrichtung eines Bürgerwaldes. *[Zum Protokoll: Die Verwaltung hat nach intensiver Prüfung durch Liegenschaftsamt und Baubetriebshof festgestellt, dass keine geeigneten städtischen Flächen zur Verfügung gestellt werden können, um einen Wald durch Baumspenden entstehen zu lassen.]*

Herr Mrstik (B90/Grüne) fragt nach dem Stand der Planungen zum Mobilitätskonzept. Stefan Holl informiert, dass dazu zwei Workshops mit Bürgerbeteiligung stattfinden sollen. Die Moderation der Workshops sei ausgeschrieben worden. Die Workshops sollen bis Ende März abgeschlossen sein.

Herr Ball-Sadlo (BUND) fragt, ob er mit der Unterstützung der Fraktionen im AUMD rechnen könne, damit künftig die sachkundigen Einwohner des BUND ein Antragsrecht erhielten.

Die Vorsitzende Frau Dr. Guenther (B90/Die Grünen) stellt dazu klar, dass eine Änderung der Hauptsatzung des Stadtrates Wülfrath den Rahmen einer Fachausschusssitzung des AUMD



sprengung. Sie schlägt – ein Gespräch mit Verwaltung und BUND-Vertretung zu dieser Thematik aufgreifend – vor, dass die BUND-Vertretung vorbereitend frühzeitig im Vorfeld zu den jeweiligen Ausschusssitzungen zu seinen Themen und Anliegen Kontakt mit den einzelnen im Stadtrat vertretenen Fraktionen aufnehmen solle. Dann könnten eine oder mehrere Fraktionen ihre Ideen für Anträge und Anfragen aufgreifen und ihrerseits geeignete Anträge zur Abstimmung tragen. Frau Küchler (Linke) regt an, die gemeinsame Verwaltungskonferenz GVK mit der Thematik des Antragsrechtes sachkundiger Einwohner zu befassen.



anwesend

SE-BUND, beratend

Herr Dipl.-Ing. Andreas Ball-Sadlo
Herr Thomas Zimmermann

SB-stimmberechtigt

Herr Wolfgang Riedel
Herr Michael Wrase
Frau Beatrice Wulf

Ratsmitglied

Frau Ann-Kathrin Berg
Herr Hans-Joachim Czerwonka
Herr Ulrich Düchting
Frau Dr. Tina Guenther
Herr André Herbes
Herr Manfred Hoffmann
Frau Ilona Kuchler
Herr Gerd Langner
Frau Johanna Liell
Herr Stephan Mrstik
Herr Wolfgang Peetz
Herr Patrick Schneider
Herr Martin Sträßer
Herr Hans-Jürgen Ulbrich

Verwaltungsmitarbeiter/in

Herr Marcus Benner
Herr Paul-Georg Fritz
Frau Benita Görtz
Herr Stefan Holl
Herr Gerd Schlüter

Schriftführer/in

Herr Andreas Lange



Wülfrath, den 22. Dezember 2021

(Dr. Tina Guenther)
Ausschussvorsitzende

(Andreas Lange)
Schriftführer

Die Niederschrift ist im Original unterschrieben. Das Dokument wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.